P r o t o k o l l

über die 25. öffentliche Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 22.05.2014 in den Räumlichkeiten des 1. BSF, Berliner Ring 118, 64625 Bensheim

Beginn: 18:13 Uhr

Punkt 1.a) **Mitteilungen und Berichte der Stadtverordnetenvorsteherin**

Punkt 1.b) **Mitteilungen und Berichte des Ausschussvorsitzenden**

Punkt 1.c) **Abgabe von persönlichen Erklärungen der Stadtverordneten oder Magistratsmitglieder**

Punkt 2) **Mitteilungen und Berichte des Magistrats gemäß § 50 Abs. 3 HGO**

Punkt 3.a) **Antrag der Fraktionen von CDU und GLB bezüglich "Behandlung der Liegenschaft Rodensteinschule Bensheim"**

Anmerkung: Zu diesem Punkt wurde Einzelabstimmung beantragt.

Beschluss:

1. In Ergänzung des Beschlusses der Stadtverordnetenversammlung vom 07.02.2013 zur Rückübertragung der Rodensteinschule vom Kreis Bergstraße auf die Stadt Bensheim wird der Magistrat beauftragt, bereits in der öffentlichen Ausschreibung für den Verkauf der Liegenschaft die Bereitschaft des Käufers zur Erstellung von kostengünstigem Mietwohnraum und der hierfür beabsichtigte Umfang neben dem Kaufpreis als wesentliche Zuschlagskriterien aufzunehmen. Die Schaffung von günstigem Wohnraum könnte im Bestand und/oder einem noch festzulegenden Baufeld innerhalb des Grundstücks erfolgen.

Der Beschluss wird gefasst mit: 22 Ja-Stimmen, 16 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen, mehrheitlich angenommen

2. Der Magistrat der Stadt Bensheim wird weiter beauftragt, dass der auf dem Anwesen vorhandene Waldorfkindergarten samt seinem Außengelände entsprechend des bereits bestehenden Stadtverordnetenbeschlusses weiter dort bestehen soll und dies in der öffentlichen Ausschreibung für den Verkauf der Liegenschaft zu berücksichtigen ist. Hierbei ist im Vorfeld mit dem Vorstand des Vereines über die zukünftige Entwicklung des Anwesens zu sprechen und gegebenenfalls an die Bedürfnisse der Betreuungseinrichtung anzupassen.

Der Beschluss wird gefasst mit: 35 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 3 Enthaltungen, einstimmig angenommen

3. Der Magistrat wird weiterhin beauftragt, mit dem Deutschen Roten Kreuz Ortsvereinigung Bensheim (DRK) Verhandlungen zu führen, ob das an die Rodensteinschule Bensheim angrenzende Gelände, welches von dem DRK genutzt wird, in die unter Punkt 1 beabsichtigte Innenstandentwicklung einbezogen werden kann, unter der Bedingung, dass eine mit dem DRK einvernehmliche zu entwickelnde Ersatzunterbringung an anderer Stelle möglich ist.

Der Beschluss wird gefasst mit: 38 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen, einstimmig angenommen

Punkt 3.b) Ergänzungsantrag der BfB-Fraktion zum Antrag der Fraktionen von CDU und GLB bezüglich "Behandlung der Liegenschaft Rodensteinschule Bensheim"

<u>Beschluss:</u>

1. In Ergänzung des Beschlusses der Stadtverordnetenversammlung vom 07.02.2013 zur Rückübertragung der Rodensteinschule vom Kreis Bergstraße auf die Stadt Bensheim wird der Magistrat beauftragt, bereits in der öffentlichen Ausschreibung für den Verkauf der Liegenschaft die Bereitschaft des Käufers zur Erstellung von kostengünstigem Mietwohnraum und der hierfür beabsichtigte Umfang neben dem Kaufpreis als wesentliche Zuschlagskriterien aufzunehmen. Die Schaffung von günstigem Wohnraum könnte im Bestand und/oder einem noch festzulegenden Baufeld innerhalb des Grundstücks erfolgen.
   In die öffentliche Ausschreibung soll aufgenommen werden, dass sich der Mietpreis an Neubauten im Sozialen Wohnungsbau orientieren soll. Die Mietpreisbindung soll über 20 Jahre erfolgen.

2. Der Magistrat der Stadt Bensheim wird weiter beauftragt, dass der auf dem Anwesen vorhandene Waldorfkindergarten samt seinem Außengelände entsprechend des bereits bestehenden Stadtverordnetenbeschlusses weiter dort bestehen soll und dies in der öffentlichen Ausschreibung für den Verkauf der Liegenschaft zu berücksichtigen ist. Hierbei ist im Vorfeld mit dem Vorstand des Vereines über die zukünftige Entwicklung des Anwesens zu

sprechen und gegebenenfalls an die Bedürfnisse der Betreuungseinrichtung anzupassen.

3. Der Magistrat wird weiterhin beauftragt, mit dem Deutschen Roten Kreuz Ortsvereinigung Bensheim (DRK) Verhandlungen zu führen, ob das an die Rodensteinschule Bensheim angrenzende Gelände, welches von dem DRK genutzt wird, in die unter Punkt 1 beabsichtigte Innenstandentwicklung einbezogen werden kann, unter der Bedingung, dass eine mit dem DRK einvernehmliche zu entwickelnde Ersatzunterbringung an anderer Stelle möglich ist.

Der Beschluss wird gefasst mit: 03 Ja-Stimmen, 32 Nein-Stimmen, 03 Enthaltungen, mehrheitlich abgelehnt

Punkt 3.c) Änderungsantrag der SPD-Fraktion zum Antrag der Fraktionen von CDU und GLB bezüglich "Behandlung der Liegenschaft Rodensteinschule Bensheim"

Anmerkung: Zu diesem Punkt wurde Einzelabstimmung beantragt.

Beschluss:

1. Punkt 1 des Antrags wird wie folgt neu gefasst:
„In Abweichung des Beschlusses vom 07.02.2013 verbleibt die ehemalige Rodensteinschule im Eigentum der Stadt. Die Stadt wird die Räumlichkeiten nutzungsgerecht und nachhaltig sanieren und danach städtische Einrichtungen dort unterbringen, die derzeit in privaten Gebäuden zur Miete untergebracht sind. Der Magistrat wird beauftragt, der Stadtverordnetenversammlung eine Beschlussvorlage zu unterbreiten, welche städtische(n) Einrichtung(en) konkret in die sanierten Räumlichkeiten einziehen sollen. Der Magistrat wird weiterhin beauftragt, der Stadtverordnetenversammlung eine Beschlussvorlage zu unterbreiten, wie Teile des Geländes der ehemaligen Rodensteinschule für die Errichtung bezahlbaren Wohnraums genutzt werden können.“

Der Beschluss wird gefasst mit: 08 Ja-Stimmen, 30 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen, mehrheitlich abgelehnt

2. Satz 1 in Punkt 2 des Antrages wird wie folgt geändert:
„Der Magistrat der Stadt Bensheim wird weiter beauftragt, Schritte dahingehend zu unternehmen, dass der auf dem Grundstück vorhandene Waldorfkindergarten samt seinem Außengelände weiter dort bestehen bleiben kann.“

Der Beschluss wird gefasst mit: 10 Ja-Stimmen, 27 Nein-Stimmen, 1 Enthaltungen, mehrheitlich abgelehnt

Punkt 4.a) Änderungsantrag der Fraktonen von CDU und GLB zum Antrag der SPD-Fraktion bezüglich "Bensheimer Präventionshandbuch"

Beschluss:

Der Antrag der SPD-Fraktion „Bensheimer Präventionshandbuch“ wird zur weiteren Beratung und abschließender Beschlussfassung in den Sozial-, Sport- und Kulturausschuss verwiesen.

Der Beschluss wird gefasst mit: 38 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen, einstimmig angenommen

Punkt 4.b) Antrag der SPD-Fraktion bezüglich "Bensheimer Präventionshandbuch"

Anmerkung: Durch den Beschluss des Änderungsantrages (Punkt 4.a) war eine Abstimmung zu diesem Punkt nicht erforderlich.

Beschluss:

Die Neuauflage des Bensheimer Präventionshandbuches ist zu prüfen.

Dabei soll von einem ähnlichen inhaltlichen Umfang wie bei der zuletzt aufgelegten Version des Handbuches ausgegangen werden. Unbenommen davon sind Vorschläge zu signifikanten Abweichungen willkommen, sofern diese hinreichend kenntlich gemacht und in den finanziellen Konsequenzen verdeutlicht werden.

Eine Kooperation mit der Karl Kübel Stiftung zur Bearbeitung dieses Prüfantrages wird wegen der Ko-Autorenschaft am bisherigen Handbuch empfohlen.

Etwaig entstehende Kosten an Dritte sind dem Haupt- und Finanzausschuss zur Genehmigung vorzulegen.

Punkt 5) Antrag der Fraktionen von CDU, SPD, GLB, BfB, FWG und FDP bezüglich "Prüfung der Realisierung eines CAP-Nahversorgers"

Beschluss:

Der Magistrat wird beauftragt, folgende sozialen Organisationen zu einem runden Tisch einzuladen, um klären zu lassen, ob es ein Interesse an der Realisierung eines CAP-Marktes in Bensheim gibt: Behindertenhilfe Bergstraße, sowie die Arbeiterwohlfahrt, Caritas, Diakonisches Werk. Zu diesem runden Tisch soll ebenfalls der neue Investor des Neumarktes eingeladen werden.
Dieser Antrag wird zur weiteren Beratung in die nächste Sitzung des Sozial-, Sport- und Kulturausschusses verwiesen.

Der Beschluss wird gefasst mit: 38 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen, einstimmig angenommen

Punkt 6.a) Antrag von CDU, SPD, GLB, BfB, FWG und FDP bezüglich "Unterstützung des Projektes Hochstädter Haus"

Beschluss:

Der Magistrat wird beauftragt, den Förderverein Heimatpflege Hochstädten, unter Berücksichtigung der fortschreitenden Planung, bei dem Projekt „Hochstädter Haus“ weiterhin zu unterstützen und in Abstimmung mit dem Förderverein Heimatpflege Hochstädten für die Haushaltsplanung des städtischen Etats 2015 den Gremien eine angemessene Förderung des Projektes vorzuschlagen.

Weiterhin wird der Magistrat beauftragt zu klären, ob das Hochstädter Haus im Rahmen der Beteiligung am „Integrierten kommunalen Entwicklungskonzept (IKEK – Nachfolger des Dorferneuerungsprogramms) gefördert werden kann.
Ebenso ist vom Magistrat zu prüfen, ob ein anderes Europa-, Bundes- oder Landesprogramm für eine Förderung des Hochstädter Hauses in Frage kommt.

Der Beschluss wird gefasst mit: 38 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen, einstimmig angenommen

Punkt 6.b) Änderungsantrag der SPD-Fraktion zum Antrag von CDU, SPD, GLB, BfB, FWG und FDP bezüglich "Unterstützung des Projektes Hochstädter Haus"

Beschluss:

1. Im 2. Absatz, 1. Satz, wird nach dem Wort „unterstützen“ ein Punkt gesetzt. Der Rest des Satzes wird gestrichen.
2. Danach wird der Antrag wie folgt ergänzt:

Im Haushaltsplan 2015 wird ein Ansatz in Höhe von 250.000 Euro als Investitionszuschuss an den Förderverein Heimatpflege Hochstädten e.V. eingestellt.
In einem Vertrag mit dem Förderverein ist sicherzustellen, dass das sanierte Gebäude dauerhaft als Gemeinschaftseinrichtung für den Stadtteil Hochstädten zur Verfügung steht.
Im Falle einer Veräußerung oder einer Änderung des Verwendungszweckes ist die Rückzahlung des Zuschusses vertraglich zu sichern.

Der Beschluss wird gefasst mit: 10 Ja-Stimmen, 27 Nein-Stimmen, 01 Enthaltungen, mehrheitlich abgelehnt

Punkt 7.a) Änderungsantrag der BfB-Fraktion zum Antrag der FDP-Fraktion bezüglich "Einhaltung der Normen und Standards für Straßenbeleuchtung"

Anmerkung: Der Antrag wurde in zwei Teilen getrennt abgestimmt.

Beschluss:

Der vorliegende Antrag der FDP „Normen und Standards für Straßenbeleuchtung“ wird in die nächste Sitzung des Bau-, Umwelt- und Planungsausschusses verwiesen. Zu dieser Sitzung wird ein zum Thema LED-Lampenumstellung im Stadtgebiet kompetenter Vertreter/Vertreterin des GGEW eingeladen.

Der Beschluss wird gefasst mit: 39 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen, einstimmig angenommen

In dieser Sitzung des Bau-, Umwelt- und Planungsausschusses soll das GGEW auch einen Bericht nach Umstellung der Straßenlampen auf LED vorlegen. Dieser Bericht soll folgende Punkte enthalten:

A) Anzahl und Grund der Beschwerden nach Umstellung der Straßenlampen auf LED
B) Welche Beschwerden abgeholfen werden konnten und wie
C) Welche Kosten sind dadurch entstanden und wer muss diese Kosten übernehmen?
D) Welche Konsequenzen werden aus den Beschwerden für die weiteren Umstellungen im Stadtgebiet gezogen?

Der Beschluss wird gefasst mit: 30 Ja-Stimmen, 09 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen, mehrheitlich angenommen

Punkt 7.b) Antrag der FDP-Fraktion bezüglich "Einhaltung der Normen und Standards für Straßenbeleuchtung"

Anmerkung: Durch die Zustimmung zum Änderungsantrag der BfB-Fraktion (Punkt 7.a) war keine Abstimmung mehr erforderlich.

Beschluss:

1. Der Magistrat wird beauftragt sicherzustellen, dass im Zusammenhang mit der Umstellung der Beleuchtung für Straßen, Plätze, Wege, Tunnel, Unterführungen und Fußgängerüberwege auf LED-Beleuchtung in Bensheim seitens der GGEW AG die geltenden Normen und Standards, besonders

- DIN EN 13201 „Straßenbeleuchtung“
- DIN 67524 „Beleuchtung von Straßentunneln und Unterführungen“
- DIN 67523 „Beleuchtung von Fußgängerüberwegen mit Zusatzbeleuchtung“

umgesetzt werden und dies der Stadtverwaltung Bensheim bestätigt wird.

2. Desweiteren wird der Magistrat beauftragt sicherzustellen, dass im Rahmen der o.g. Umstellung und unter Beachtung der o.g. Normen sukzessive eine Vereinheitlichung der Beleuchtung für die jeweiligen Bereiche Straße, Plätze, Wege, Tunnel, Unterführungen und Fußgängerüberwege durchgeführt wird.

Punkt 8) Antrag der FDP-Fraktion bezüglich "Ergänzung Antrag bezüglich Verbesserung Radwegeführung zwischen Ende Schwanheimer Straße und Rinnentor"

Beschluss:

Der Antrag der FDP-Fraktion aus der Stadtverordnetenversammlung vom 14.11.2013 bezüglich „Verbesserung der Radwegeführung zwischen Schwanheimer Straße und Rinnentor“

„Der Magistrat wird beauftragt zu prüfen, ob und wenn ja wie eine verbesserte Radwegeführung zwischen dem Ende des Fahrradwegs in der Schwanheimer Straße kurz vor der Bahnunterführung, durch den Fußgänger-Radweg-Tunnel hindurch, über die Rodensteinstraße hinweg und dem Beginn der Straße Am Rinnentor bis zum Rinnentor selbst gestaltet werden könnte und das Ergebnis dem Bauausschuss zur weiteren Beratung bis zur ersten Sitzung in 2014 vorzulegen“

wird dahingehend ergänzt bzw. spezifiziert, dass der Radweg in der Bahnunterführung zwischen Parkplatzeinfahrt westliche Seite des Bahnhofbereichs (gegenüber Netto-Markt) und östlicher Seite des Bahnhofsbereichs (gegenüber Taxistand) unterbrochen wird und entsprechend Schranken und Verkehrszeichen angebracht werden.

Der Beschluss wird gefasst mit: 10 Ja-Stimmen, 28 Nein-Stimmen, 01 Enthaltungen, mehrheitlich abgelehnt

Punkt 9.a) Änderungsantrag der FWG-Fraktion zur Ausbildungsinitiative Pfau "Paten für Ausbildung"
Aufhebung der Sperrvermerke beim Produkt 2.35.01

Anmerkung: Zu diesem Punkt wurde Einzelabstimmung beantragt.

Beschluss:

Die Vorlage wird unter Punkt 1, wie nachfolgend beschrieben, in zwei Sätze mit gleichlautendem Text gesplittet.

1a) Die Sperrvermerke im Produkt 2.35.01.02 … betreffend der Ausbildungsinitiative „Paten für Ausbildung“ (Pfau) werden aufgehoben.

Der Beschluss wird gefasst mit: 39 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen, einstimmig angenommen

1b) Die Ansätze werden auf 800 € reduziert und gedeckelt. Die Aufwandsentschädigung entfällt.

Der Beschluss wird gefasst mit: 36 Ja-Stimmen, 03 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen, mehrheitlich angenommen

Punkt 9.b) Ausbildungsinitiative Pfau „Paten für Ausbildung“ Aufhebung der Sperrvermerke beim Produkt 2.35.01

Anmerkung: Es wurde Einzelabstimmung beantragt. Durch die Zustimmung des Änderungsantrages (Punkt 9.a) war keine Abstimmung des Punktes 1. erforderlich.

Beschluss:

1. Die Sperrvermerke im Produkt 2.35.01.02 „Fördermaßnahmen Schüler „ bei den Konten 5427000, 6000100, 6000110, 6010000,6011000, 6100000 und 631000 betreffend der Ausbildungsinitiative „Paten für Ausbildung (Pfau)“ werden aufgehoben, die Ansätze auf 800 € reduziert und gedeckelt. Die Aufwandsentschädigung entfällt.
   Zu diesem Punkt fand keine Abstimmung statt

2. Es werden Verhandlungen mit der Stadt Zwingenberg geführt, um eine höhere Kostenbeteiligung als die bisherigen 100 € zu erhalten.

   Der Beschluss wird gefasst mit: 39 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen, einstimmig angenommen

3. Es werden Gespräche mit dem Mehrgenerationenhaus geführt. Ziel ist es das Mehrgenerationenhaus ggf. organisatorisch einzubinden.

   Der Beschluss wird gefasst mit: 36 Ja-Stimmen, 3 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen, mehrheitlich angenommen

4. Die Personalaufwendungen der Verwaltung werden durch eine verstärkte Einbringung der Strategiegruppe Pfau auf 4.000 € reduziert und für den Haushalt 2015 auf null gefahren.

Der Beschluss wird gefasst mit: 36 Ja-Stimmen, 3 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen, mehrheitlich angenommen

5. Daraus ergibt sich ein Aufwand von max. 4.800,- € im Haushaltsjahr 2014 ggü. dem bisherigen Ansatz von insgesamt 17040,- € und 800,- € für das Haushaltsjahr 2015.

Der Beschluss wird gefasst mit: 36 Ja-Stimmen, 3 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen, mehrheitlich angenommen

Punkt 10) **Bebauungsplan BH 10 "Im Mühltal" 1. Teilbereich**
a) Beschluss der Abwägung aus der formellem Beteiligung
b) Beschluss des Bebauungsplanes als Satzung
c) Beschluss der Festsetzungen nach HBO
d) Beschluss der Festsetzungen nach HWG

Beschluss:

a) Die Abwägung der Stellungnahmen aus der Beteiligung der Behörden nach § 4 Abs. 2 BauGB sowie der Öffentlichkeit nach § 3 Abs. 2 BauGB wird wie vorgelegt (siehe Anlage 1) beschlossen.
b) Der Bebauungsplan BH 10 „Im Mühltal“ wird in zwei Teilbereiche getrennt. Der 1. Teilbereich des Bebauungsplanes BH 10 „Im Mühltal“ wird wie vorliegend (siehe Anlage 2) gemäß § 10 Abs. 1 BauGB als Satzung beschlossen. Die Satzung ist durch Bekanntmachung gemäß § 10 Abs. 3 BauGB zur Rechtskraft zu bringen.
c) Die bauordnungsrechtlichen Festsetzungen gem. § 81 HBO i. V. m. § 9 (4) BauGB werden in der vorgelegten Form als Satzung beschlossen. Der Satzungsbeschluss ist öffentlich bekannt zu machen.
d) Die wasserrechtlichen Festsetzungen nach § 37 Abs. 4 HWG i. V. m. § 9 (4) BauGB werden in der vorgelegten Form als Satzung beschlossen. Der Satzungsbeschluss ist öffentlich bekannt zu machen.

Der Beschluss wird gefasst mit: 39 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen, einstimmig angenommen

Punkt 11) Städtebaulicher Vertrag zum Bebauungsplan BH 10 "Im Mühltal" in Bensheim-Hochstädten

---

Beschluss:

Dem Abschluss des beiliegenden städtebaulichen Vertrages zum Bebauungsplan BH 10 „Im Mühltal“ in Bensheim-Hochstädten wird zugestimmt.

Der Beschluss wird gefasst mit: 39 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen, einstimmig angenommen

Punkt 12) Bebauungsplan BSch 10 "Ober dem Gotteshäuschen"
a) Beschluss der Abwägung aus der frühzeitigen Beteiligung
b) Beschluss des Entwurf und der formellen Beteiligung

Beschluss:

a) Die Abwägung der Stellungnahmen aus der frühzeitigen Beteiligung der Behörden nach § 4 Abs. 1 BauGB sowie der Öffentlichkeit nach § 3 Abs. 1 BauGB wird wie vorgelegt (siehe Anlage 1) beschlossen.

b) Der Entwurf des Bebauungsplanes BSch 10 „Ober dem Gotteshäuschen“ einschließlich Begründung und Umweltbericht wird wie vorgelegt (siehe Anlage 2) beschlossen. Die förmliche Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 2 BauGB sowie der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 2 BauGB wird durchgeführt.

Der Entwurf des Bebauungsplanes einschließlich Begründung, Umweltbericht und vorliegender Gutachten ist als Anlage 2 beigefügt.

Der Beschluss wird gefasst mit: 37 Ja-Stimmen, 02 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen, mehrheitlich angenommen

Punkt 13) Anfrage der BfB-Fraktion bezüglich "Fehlender Personenaufzug, Luftfeuchtigkeit und zukünftige Perspektive des Stadtarchivs"

Anmerkung: Die Anfragebeantwortung wurde zur Kenntnis genommen.

Punkt 14) Anfrage der BfB-Fraktion bezüglich "Schutz in der Setz- und Brutzeit auf den Geländen, die für Parkplätze während des Hessentags vorgesehen sind"

Anmerkung: Die Anfragebeantwortung wurde zur Kenntnis genommen.

Punkt 15) **Anfrage der SPD-Fraktion bezüglich "Westtangente"**

Anmerkung: Die Anfragebeantwortung wurde zur Kenntnis genommen.

Punkt 16) **Anfrage der SPD-Fraktion bezüglich "Parkraumbewirtschaftungskonzept"**

Anmerkung: Die Anfragebeantwortung wurde zur Kenntnis genommen.

Punkt 17) **Anfrage der BfB-Fraktion bezüglich "Verkehrssituation in der Straße Am Junkergarten"**

Anmerkung: Die Anfragebeantwortung wurde zur Kenntnis genommen.

Punkt 18) **Anfrage der FWG-Fraktion bezüglich "Tiefgarage am Beauner Platz"**

Anmerkung: Die Anfragebeantwortung wurde zur Kenntnis genomman.

Punkt 19) **Anfrage der FDP-Fraktion bezüglich "Aktualisierung Denkmalschutz-Daten für Bensheim"**

Anmerkung: Die Anfragebeantwortung wurde zur Kenntnis genommen.

Punkt 20) **Anfrage der FDP-Fraktion bezüglich "Wiederherstellung landwirtschaftlicher Flächen nach deren Nutzung als Hessentag-Parkplätze und -Veranstaltungsflächen"**

Anmerkung: Die Anfragebeantwortung wurde zur Kenntnis genommen.

Punkt 21) **Vorlage des Quartalsberichtes der Stadt Bensheim für das I. Quartal 2014**

Anmerkung: Der Quartalsbericht wurde zur Kenntnis genommen.

Punkt 22) **Absicherung der Gleisanlagen an Gefahrenschwerpunkten in Bensheim**
Hier: Antrag der SPD-Fraktion in der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 13.02.2014

Anmerkung: Die Information wurde zur Kenntnis genommen.

Punkt 23) **Sitftung Soldan**
Hier: Stellungnahme zum Prüfauftrag, das Winzerfestfeuerwerk durch Auflösung der Festgeldanlage zu finanzieren entsprechend dem Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 19.12.2013

Anmerkung: Die Information wurde zur Kenntnis genommen.

Punkt 24) **Integration in Bensheim - Sachstandsbericht 2013**

Anmerkung: Der Sachstandsbericht wurde zur Kenntnis genommen.

Bensheim, den 15.06.2014

Ende der Sitzung: 21:35 Uhr